S 31 R 2091/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Aufgabe Rechtsprechung Außergerichtliche Kosten Befreiung Rentenversicherungspflicht Syndikusanwalt/Syndikusanwältin
Leitsätze	- Zur Frage der Erstattung außergerichtlicher Kosten bei unstreitiger Erledigung eines auf Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht gerichteten Verfahrens angestellter Rechtsanwälte (Syndikusanwälte) - Eine auch nur teilweise Erstattung außergerichtlicher Kosten kommt nicht in Betracht, wenn die Berufung des Klägers nach der bis 31.12.2015 geltenden Rechtslage aufgrund der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts vom 03.04.2014 (u.a. B 5 RE 3/14 R) als unbegründet hätte zurückgewiesen werden müssen (vgl. BSG Beschluss vom 23.04.2021, Az.: B 5 RE 14/20 B; Aufgabe der abweichenden Rechtsprechung des erkennenden Senats, vgl. u.a. Beschluss vom 28.12.2017, Az.: L 6 R 724/16 ; Beschluss vom 07.01.2019, Az.: L 6 R 87/16)
Normenkette	BRAO § 46 a SGB VI § 231 SGB VI § 6 SGG § 193
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 31 R 2091/17
Datum	24.09.2019

2. Instanz

Aktenzeichen

L 6 R 531/19

Datum

06.04.2021

3. Instanz

Datum

-

Â

AuÃ¼rgerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Â

G r Ä¼ n d e :

I.

Zwischen den Beteiligten war streitig, ob der KlÃ¼ger fÃ¼r seine seit 01.06.2011 bei der A AG ausgeÃ¼bte TÃ¼tigkeit von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zu befreien war. Der 1979 geborene KlÃ¼ger ist seit dem 14.07.2009 als Rechtsanwalt zugelassen und Mitglied der Rechtsanwaltskammer D sowie des beigeladenen Versorgungswerks der RechtsanwÃ¼lte im Lande Nordrhein-Westfalen. Die Beklagte befreite ihn auf seinen Antrag vom 23.08.2011 mit Bescheid vom 26.10.2011 fÃ¼r die sechsmonatige Probezeit i.S. einer zeitlich begrenzten berufsfremden BeschÃ¼ftigung gem. [Â§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1](#) i.V.m. Abs. 5 Satz 2 SGB VI von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Gleichzeitig wurde eine unbefristete Befreiung Ã¼ber den 30.11.2011 hinaus abgelehnt, da es sich um keine anwaltliche, sondern eine sachbearbeitende TÃ¼tigkeit handele. Der KlÃ¼ger werde insbesondere nicht rechtsgestaltend und rechtsentscheidend tÃ¼tig. Diese Entscheidung wurde mit Widerspruchsbescheid vom 02.04.2012 bestÃ¼tigt.

WÃ¼hrend des hiergegen zum Sozialgericht MÃ¼nchen angestregten und vorÃ¼bergehend ruhenden Klageverfahrens stellte das Bundessozialgericht (BSG) mit Urteilen vom 03.04.2014 (u.a. B RE 13/14 R) klar, dass BeschÃ¼ftigungen bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber grundsÃ¼tzlich keinen Anspruch auf Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht begrÃ¼nden. Auf den Inhalt der TÃ¼tigkeit (rechtsberatend, rechtsvermittelnd, rechtsentscheidend und rechtsgestaltend) komme es bei solchen BeschÃ¼ftigungsverhÃ¼ltnissen nicht an. Nach Fortsetzung des Verfahrens wies das Sozialgericht mit Urteil vom 24.09.2019 die anhÃ¼ngige Klage als unbegrÃ¼ndet ab. Streitig sei der Befreiungsantrag von 23.08.2011. Dieser sei nach der bis 31.12.2015 geltenden Rechtslage zu beurteilen. Insoweit seien die Urteile des Bundessozialgerichts vom 03.04.2014 anzuwenden. Da der KlÃ¼ger bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber angestellt sei, komme eine Befreiung nach altem Recht nicht in Betracht. Die hiergegen eingelegte Berufung erklÃ¼rte der BevollmÃ¼chtigte des KlÃ¼gers mit Schriftsatz vom 06.04.2021 fÃ¼r erledigt und stellte gleichzeitig Kostenantrag nach [Â§ 193 SGG](#) mit dem Ziel, der Beklagten ein Drittel der auÃ¼rgerichtlichen Kosten des KlÃ¼gers aufzuerlegen.

Ä Ä Ä Ä Ä

II.

Nach [Ä§ 193 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) hat das Gericht im Urteil zu entscheiden, ob und in welchem Umfang die Beteiligten einander Kosten zu erstatten haben. Nach Satz 3 entscheidet das Gericht auf Antrag durch Beschluss, wenn das Verfahren anders beendet wird. Ein solcher Fall liegt hier vor, da das Verfahren in der Hauptsache wie auch im einstweiligen Rechtsschutzverfahren durch die Erledigungserklärung des Klägers beendet wurde und dieser Antrag auf gerichtliche Kostenentscheidung gestellt hat. Die Entscheidung ergeht aufgrund der unstreitigen Erledigung der Hauptsache gem. [Ä§ 155 Abs. 2 Nr. 5 SGG](#) durch den Vorsitzenden als Berichterstatter. Die Entscheidung hat nach billigem Ermessen zu erfolgen und den bisherigen Sach- und Streitstand zu berücksichtigen (Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Auflage 2020, Rn. 13ff. zu Ä§ 193). Dabei sind zum einen die Erfolgsaussichten des Rechtsmittels, zum anderen die Gründe für dessen Einlegung und Erledigung zu betrachten. Hierbei hat eine summarische Prüfung zu erfolgen (Meyer-Ladewig, Rn. 13d zu Ä§ 193; Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Aufl. 2017, [Ä§ 193 SGG](#), Rn. 35).

Unter Berücksichtigung dieser Prämissen erscheint eine auch nur anteilige Erstattung der außergerichtlichen Kosten des Klägers durch die Beklagte nicht billig. Die Berufung des Klägers war im Hinblick auf die Urteile des BSG 03.04.2014 (Az.: